

## Antrag

öffentlich

Datum

27.10.2011

Nummer

A0151/11

Absender

**DIE LINKE Fraktion**

Adressat

Vorsitzende des Stadtrates  
Frau Wübbenhorst

Gremium

Sitzungstermin

Stadtrat

17.11.2011

Kurztitel

Offene Daten für Magdeburg - Chance für mehr Bürgerbeteiligung

### Der Stadtrat möge beschließen:

1. Der Stadtrat erkennt die acht Prinzipien des „Open Data“, wie sie die Open Government Working Group aufgestellt hat, an und erklärt es zum Ziel, perspektivisch „Open Data“-Projekte in Magdeburg umzusetzen.<sup>1</sup>
2. Stadtrat und Stadtverwaltung werden eine Open Government Strategie entwickeln und diese kontinuierlich fortschreiben. Dazu wird eine AG Open Government gebildet, in der sowohl Vertreter\_innen der Stadtverwaltung als auch von den Fraktionen benannte Vertreter\_innen mitarbeiten sollen. Weiterhin kann sich die AG externen Sachverständigen zu Rate ziehen.
3. Es wird ein Meinungsbildungsprozess eingeleitet, um eine Kultur der Offenheit und Transparenz im öffentlichen Dienst zu implementieren, in dessen Verlauf die Einwohnerinnen und Einwohner sowie Vereine, Initiativen und Vertreter\_innen aus Handel und Wirtschaft die Möglichkeit zur Stellungnahme erhalten. Dieser Meinungsbildungsprozess soll unabhängig von übergeordneten politischen Entscheidungsebenen folgende Punkte beinhalten:

---

<sup>1</sup> Die Open Government Data Principles in ihrer deutschen Übersetzung sind:

1. Vollständigkeit

Alle öffentlichen Daten werden verfügbar gemacht. Als Öffentliche Daten werden hierbei Daten verstanden, die nicht berechtigten Datenschutz-, Sicherheits- oder Zugangsbeschränkungen unterliegen.

2. Primärquelle

Die Daten werden an ihrem Ursprung gesammelt. Dies geschieht mit dem höchstmöglichen Feinheitsgrad, nicht in aggregierten oder sonst irgendwie modifizierten Formaten.

3. Zeitnah

Daten werden so zügig, wie zur Werterhaltung, notwendig zur Verfügung gestellt.

4. Zugänglich

Daten werden so vielen Nutzern wie möglich für möglichst viele Verwendungszwecke bereit gestellt.

5. Maschinenlesbar

Daten werden zur automatisierten Verarbeitung strukturiert zur Verfügung gestellt.

6. Nicht diskriminierend

Daten sind für Alle verfügbar, ohne dass eine Registrierung notwendig ist.

7. Nicht proprietär

Daten werden in standardisierten Formaten bereit gestellt, über die keine juristische Person die alleinige Kontrolle hat.

8. Lizenzfrei

Daten unterliegen keinem Urheberrecht, Patenten, Markenzeichen oder Geschäftsgeheimnissen. Sinnvolle Datenschutz-, Sicherheits- und Zugangsbeschränkungen sind zulässig.

Die Einhaltung dieser Prinzipien muss überprüfbar sein.

Vgl. Open Data Network (2010): Open Government Data Principles, online: [http://wiki.opendata-network.org/Open\\_Government\\_Data\\_Principles](http://wiki.opendata-network.org/Open_Government_Data_Principles) [29.09.2011]

- a. wie weit wir das "Recht auf Daten" aus, um Daten von öffentlichen Einrichtungen und über öffentliche Dienste zu erlangen, und wie stärken wir dabei die Rechte von Einzelpersonen, Firmen und anderen Akteuren,
- b. wie sollen Maßstäbe für die Offenlegung und Durchsichtigkeit entwickelt werden, die das Recht auf Dateneinsicht stärken,
- c. wie sollen öffentliche Körperschaften und Einrichtungen des öffentlichen Dienstes für die Herausgabe öffentlicher Daten verpflichtet und zur Verantwortung gezogen werden können,
- d. wie soll sichergestellt, dass die Sammlung und Veröffentlichung der nützlichsten Daten gewährleistet wird,
- e. wie ist es erreichbar, dass interne Verfahrensweisen der Verwaltung und des öffentlichen Dienstes offener gestaltet werden,
- f. in wie weit kann es Aufgabe der öffentlichen Verwaltung sein, Unternehmen und Marktgeschehen durch den Gebrauch der Datenoffenlegung zu fördern.

Die AG Open Government wird die Ergebnisse auswerten und in ihre Überlegungen einbeziehen.

4. Die Stadtverwaltung wird Öffentliche Daten im Sinne von Open Data als Teil einer umfassenderen und weitergehenden Open Government Strategie bereitstellen und veröffentlichen. Darunter in einer ersten Phase:
  - a. Die Haushalte der Landeshauptstadt Magdeburg ab dem Entwurf des Haushalts 2013 ebenso wie die bereits beschlossenen Haushalte.
  - b. Die Jahresrechnungen nach ihrer Fertigstellung.
  - c. Die von der Landeshauptstadt Magdeburg erhobenen statistischen Daten.
  - d. Die Ergebnisse von Wahlen.
  - e. Umweltdaten.
  - f. Die vorhandenen Verkehrs- und Geodaten.
5. In einer zweiten Phase sollen die unter 4. genannten Daten um die von der AG Open Government vorgeschlagenen Daten ergänzt werden.
6. Nach den oben genannten Kriterien sollen auch Gesellschaften mit kommunaler Beteiligung Daten im Sinne von Open Data zur Verfügung stellen.
7. Für die Veröffentlichung richtet die Landeshauptstadt Magdeburg ein Open-Data-Portal ein.<sup>2</sup>
8. Nach zwei Jahren soll die Open Government Strategie der Landeshauptstadt Magdeburg evaluiert werden.

*Es wird um Überweisung in den Ausschuss KRB gebeten.*

#### Begründung

Offenheit, Transparenz und Teilhabe sollten die Herzstücke moderner Verwaltungen sein. Verwaltungen stehen heute vor neuen Möglichkeiten, aber auch vor neuen Herausforderungen. Die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an Entscheidungsprozessen kann der Delegation von Politik Einhalt gebieten. Offenheit

---

<sup>2</sup> Beispiele für Open-Data-Portale gibt es mittlerweile unter <http://daten.berlin.de/> oder <http://data.wien.gv.at/>

und Transparenz bedeuten aktives Engagement, um die Handlungen von Verwaltung und Politik nachvollziehbar und einsehbar zu machen. Die Selbstverpflichtung zu Transparenz wirkt einerseits wie eine Impfung gegen Korruption und Verschwendung, andererseits kann so Vertrauen in demokratische Institutionen gestärkt werden.

Seit einiger Zeit verbirgt sich der Anspruch, öffentliche Daten in ihrem vollumfänglichen Bestand, sprich Rohdaten, auch der allgemeinen Öffentlichkeit ohne künstliche Hürde zur Verfügung zu stellen, hinter dem Begriff Open Data. In unserer freien Gesellschaft begründet sich eine transparente Verwaltung von selbst. Offene Daten dienen nicht nur den Bürgerinnen und Bürgern, sie nutzen Vereinen und gesellschaftlichen Initiativen ebenso wie sie neue wirtschaftliche Impulse geben können. Die rasante technische Entwicklung, die Fortentwicklung von Kommunikationsmitteln und Kommunikationsmethoden eröffnen Verwaltung und Politik neue Möglichkeiten, stellt sie aber auch vor neue Herausforderungen. Für die öffentliche Verwaltung geht es darum, von einer Kultur des Bittens um Erlaubnis zu einer Kultur der Mitbestimmung, Innovation, Aktion und Meinungsbekundung zu wechseln.

Es ist daher unser Anspruch, den nächsten Schritt zu gehen, und den Haushalt als Einstieg in die von Open Data gesetzten Prinzipien offen zu legen. Der offene Haushalt führt den Anspruch an eine transparente und demokratische Verwaltung im Zeitalter der digitalen, vernetzten Welt fort. Mit dem Projekt offenerhaushalt.de existiert bereits ein erstes Projekt, welches verdeutlicht, welche Aussagekraft ein offener Haushalt auch für die allgemeine Öffentlichkeit hat. Einige Kommunen suchen auch nach Lösungen, um über einen offenen Haushalt mittelfristig Bürgerhaushalte realisieren zu können.

Auch die weiteren genannten Daten sollten der Öffentlichkeit kurzfristig zur Verfügung stehen, neben dem allgemeinen Interesse an diesen Daten und der Offenheit und Transparenz von Verwaltung, besteht hier die Möglichkeit durch Anwenderinnen und Anwender ebenso wie durch Firmen nützliche Anwendungen, u.a. sogenannte Apps, zu entwickeln. Aber auch für die Verwaltung gibt es Effekte der Rückkopplung, wenn zum Beispiel Einwohner\_innen auf einer interaktiven Karte z.B. beschädigte Verkehrseinrichtungen, defekte Lampen oder verschmutzte Ecken markieren können.

F. Theile  
Fraktionsvorsitzender